

Titel Europas Verantwortung: Koloniales Raubgut zurückgeben!

AntragstellerInnen Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Europas Verantwortung: Koloniales Raubgut zurückgeben!

1 Europas Geschichte ist untrennbar mit dem Kolonialismus und der Ausbeutung, Besetzung und Unterdrückung au-
2 ßereuropäischer Gebiete und ihrer Bevölkerungen verbunden. Dieser Aspekt der Geschichte geht in der öffentlichen
3 Wahrnehmung in Europa jedoch oft unter. Um endlich in einen glaubwürdigen Dialog mit den Nachfolgestaaten der
4 ehemaligen Kolonien treten zu können, fordern wir von den ehemaligen europäischen Kolonialmächten, dass die
5 Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit sichtbar erfolgt und in die öffentliche Bildung einfließt.

6 Vor allem fordern wir als ersten konkreten Schritt, koloniales Kulturgut, das sich in europäischen Museen und Samm-
7 lungen befindet, mit Herkunftsangaben zu listen und den Herkunftsregionen die Rückgabe anzubieten. Das gilt ins-
8 besondere für Objekte, die einen kultischen Hintergrund haben und/oder eindeutig als Raubgut einzustufen sind.

9 Da der Kolonialismus eine historische Schuld Europas ist und bis heute das Bild von Europa in vielen Teilen der Welt
10 prägt, kann die Aufarbeitung jedoch nicht allein den Mitgliedstaaten überlassen werden. Wir fordern daher, dass sich
11 die EU der Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit verschreibt und ein Forum zum Austausch über den Umgang
12 mit kolonialem Kulturerbe bietet. Durch Wissen- und Erfahrungstransfer zwischen den Mitgliedstaaten sowie Nicht-
13 Mitgliedstaaten mit kolonialer Vergangenheit soll die kulturelle Dekolonialisierung erleichtert werden.

14 Die EU soll die Mitgliedstaaten zur Aufarbeitung in ihren staatlichen Museen und Sammlungen drängen sowie finan-
15 zielle Anreize setzen und die Vernetzung mit Wissenschaftler*innen in den ehemaligen Kolonien fördern. Die EU soll
16 die Debatte über die Rückgabe der Kolonialgüter zum Anlass nehmen, Museen und andere Kultureinrichtungen in
17 ehemaligen Kolonien bei ihrer Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit finanziell zu unterstützen. Dazu
18 soll ein eigenes Kulturförderprogramm für die ehemaligen Kolonien geschaffen werden. Eine solche Förderung darf
19 nicht paternalistisch vorschreiben, wie die Aufarbeitung stattzufinden hat, sondern soll Initiativen und Konzepte aus
20 den ehemaligen Kolonien unterstützen.

21 Wir fordern endlich eine gesamteuropäische Initiative zur Aufarbeitung der Kolonialverbrechen und zur Dekolonia-
22 lisierung der europäischen Museumslandschaft. Diese Initiative muss von der Europäischen Union vorangebracht
23 werden. Wir dürfen sie nicht dem Gutdünken der Nationalstaaten überlassen. Gleichzeitig sollte die Rückgabe nur
24 unter den Bedingungen erfolgen, dass das Zielland die Sicherheit der Güter gewährleisten kann.

25 *Begründung*

26 Die Europäische Union versteht sich selbst als Friedensmacht und als eine Verteidigerin von Menschenrechten. Die
27 Geschichte vieler ihrer Mitgliedstaaten ist jedoch vom Kolonialismus geprägt. Insbesondere die Phase des Imperia-
28 lismus und des sogenannten Wettlaufs um Afrika liegt noch nicht lange zurück. Die meisten afrikanischen Kolonien
29 wurden erst 1960 unabhängig – also vor nicht einmal 60 Jahren. Die Erinnerungen an die Kolonialvergangenheit sind
30 vielen der kolonialisierten Bevölkerungen noch sehr bewusst. Bis heute haben die ehemaligen Kolonialmächte diese
31 Zeit kaum aufgearbeitet und die Schuld ihrer Länder benannt. Das betrifft auch Deutschland, dessen Kolonialver-
32 gangenheit häufig ignoriert wird. Der Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia durch die deut-
33 sche Kolonialmacht wurde von der Bundesregierung zwar inzwischen als Völkermord anerkannt, aber nur in einem
34 politisch-historischen und nicht in einem rechtlichen Sinne und schließt Reparationen aus. Das zeigt beispielhaft, wie
35 sich europäische Staaten ihrer Verantwortung entziehen.

36 Im Zuge des Kolonialismus wurde zahlreiche Kulturgüter aus den Kolonien entfernt und nach Europa gebracht. Ins-
37 besondere ethnologische Museen und Sammlungen sind voll mit dem Kulturerbe nicht-europäischer Bevölkerungen,
38 die die Schätze ihrer eigenen Kulturen vermutlich nie zu sehen bekommen werden. Bei Raubgut ist die ethische Ver-
39 pflichtung zur Rückgabe besonders offensichtlich. Aber auch vermeintlich „gekaufte“ Objekte sind im Kontext des
40 Kolonialismus und der Machtverhältnisse zwischen Kolonialmächten und Kolonien zu betrachten. Viele davon sind
41 neben ökonomischen Interessen auch aus einer rassistisch motivierten Neugier am Exotischen ausgeführt worden.

42 Um den ehemaligen Kolonien, die jetzt souveräne Staaten sind, auf Augenhöhe zu begegnen, muss diesen Staaten
43 auch die Möglichkeit gegeben werden, über die Zukunft ihres Kulturerbes zu entscheiden. Neben der ethischen Pflicht
44 würde das auch bedeuten, dass Europa mehr Glaubwürdigkeit in den ehemaligen Kolonien erreichen und somit die
45 zukünftige Zusammenarbeit erleichtern würde.

46 Der französische Präsident Emanuel Macron hat Bewegung in die Debatte gebracht, indem er angekündigt hat, ko-
47 loniale Kunst aus Afrika zurückzugeben und einen Bericht in Auftrag gegeben, der diese Kunstwerke in Frankreich
48 auflisten und einen Plan zum Umgang damit vorlegen soll. Diese Entwicklung wurde auch in Deutschland wahrge-
49 nommen. Allerdings lassen die konkreten Fortschritte dabei bislang zu wünschen übrig. Da die Schuld des Kolonia-
50 lismus nicht allein eine deutsche, französische, britische oder belgische Angelegenheit ist, sondern die Geschichte
51 des ganzen Kontinents geprägt hat, sollte die Aufarbeitung dieser Schuld von der Europäischen Union vorangetrie-
52 ben werden. Die Aufarbeitung des Kolonialismus muss eine europäische Dimension bekommen. Dadurch soll auch
53 verhindert werden, dass sich Mitgliedstaaten mit kolonialer Vergangenheit der Debatte entziehen. Zwar liegen die
54 Museen und Sammlungen im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, die EU kann also keine Rückgaben erzwin-
55 gen, doch durch Kulturförderprogramme und durch das Fördern und Vermitteln des Dialogs kann die EU das Thema
56 im Fokus der Mitgliedstaaten halten. Die EU stellt sich damit auch den Schattenseiten der europäischen Geschichte,
57 die eben nicht nur aus griechischer Demokratie, der französischen Revolution und der europäischen Integration be-
58 stehen, sondern auch aus europäischem Größenwahn und Kolonialismus. Diese ehrliche Geschichtsbetrachtung ist
59 wichtig, um das erneute Entstehen europäischer Überlegenheitsgefühle oder eines europäischen Nationalismus zu
60 verhindern.